

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

## Eine Initiative für den Norden

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Thiel, Eberhard (1988) : Eine Initiative für den Norden, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 9, pp. 438-439

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136432>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Eine Initiative für den Norden



Eberhard Thiel

Der Bundeskanzler und die norddeutschen Unternehmer sind mit Recht der Meinung, daß das ständige Gerede vom Süd-Nord-Gefälle zwischen den Regionen der Bundesrepublik die Attraktivität der Küstenländer vermindert und daß ein solches Schlagwort die Realität auch nicht annähernd wiedergibt. Folgerichtig wurden anläßlich des Ende August vom DIHT, BDI und BDA in Hamburg veranstalteten Symposiums „Zukunftsstandort Küste“ die wichtigsten Stärken Norddeutschlands herausgestellt: reichlich vorhandene Gewerbeflächen, im Vergleich zu Süddeutschland niedrigere Grundstückspreise und Mieten, neuerdings eine geringere durchschnittliche Lohnhöhe, keine überdurchschnittliche Belastung durch Gewerbesteuer und schließlich Landschaften mit hohem Freizeitwert. Es wurde aber auch nicht verschwiegen, daß seit Jahren der Anteil der vier norddeutschen Länder insgesamt am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik zurückgeht und daß der Bedarf an Strukturwandel im Norden besonders groß ist; hinzu kommt, daß die Arbeitslosenquoten in Norddeutschland seit Jahren über denen Süddeutschlands und der Bundesrepublik insgesamt liegen.

Um dem Anspruch, der hinter der Bezeichnung „Zukunftsstandort Küste“ steht, gerecht werden zu können, müßten die vorhandenen Standortvorteile in Zukunft verstärkt genutzt werden: Mehr als bisher sollten dabei insbesondere innovative Investitionen die Wirtschaftsstruktur Norddeutschlands beleben, um damit Wachstum und Beschäftigung erhöhen zu können. Es ist daher nur konsequent, daß die Unternehmer selbst – die in unserer Wirtschaftsordnung ja grundsätzlich über Investitionen und damit auch über Strukturveränderungen entscheiden sollen – diese Aufgabe erneut formuliert und sich damit in die Pflicht genommen haben. Es bleibt allerdings die Frage, warum sie das nicht schon früher getan haben.

Die Herausbildung der Strukturen ist auf längerfristig wirksame Bestimmungsgründe zurückzuführen und läßt sich nicht innerhalb kurzer Zeit korrigieren. Negative Effekte gehen sicherlich aus von der historisch gewachsenen Branchenstruktur, von der relativ hohen Bedeutung älterer, dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzter und langfristig subventionierter Unternehmen, von der keineswegs einheitlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik der vier norddeutschen Länder, zu einem Teil auch von der unterschiedlichen Interessenlage der Flächenländer gegenüber den Stadtstaaten, und von der ebenfalls verzerrend wirkenden Regionalpolitik des Bundes, wenn man z. B. an die Zonenrandförderung in unmittelbarer Nachbarschaft Hamburgs denkt, und schließlich von der Randlage Norddeutschlands innerhalb der EG.

Ein wichtiger Grund für die jüngsten Aktivitäten ist sicherlich die Unsicherheit über die regionalen Auswirkungen der vorgesehenen Schaffung des EG-Binnenmarktes. Wenn auch angesichts der vorliegenden Harmonisierungsvorschläge und der sich daran entzündenden Diskussionen kaum damit zu rechnen ist, daß sich nach 1992 schnell Wesentliches ändern wird, so erscheinen dennoch die Sorgen der bisher stark regulierten und durch nationale Normensetzungen begünstigten Unternehmen und Branchen um ihre bisherige Marktposition verständlich. Die geographische Lage von Teilen Norddeutschlands gegenüber Skandinavien und Osteuropa könnte außerdem aufgrund der zu erwartenden Abschließungseffekte zu Wettbewerbsnachteilen der norddeutschen Anbieter führen. Hinzu kommen Vermutungen,

daß die bisherigen Entwicklungstrends auch unter Annahme von moderaten Strukturveränderungen sich nach wie vor zu Lasten Norddeutschlands auswirken werden.

Solche Perspektiven dürften auch für die in Norddeutschland ansässigen Unternehmen nicht gerade beruhigend sein; um so notwendiger ist es, auch die positiven Seiten Norddeutschlands aufzuzeigen. Eine verstärkte Aufklärung über Ansiedlungs- und Erweiterungsmöglichkeiten in Norddeutschland wird daher weiterhin eine ständige Aufgabe sein. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit der Appell der Wirtschaftsverbände und der Politiker an die Unternehmer die erforderliche Stärkung für Norddeutschland erbringt.

Wenn auch von allen Seiten begrüßt wird, daß sich die Unternehmer um die Belebung der norddeutschen Wirtschaftsentwicklung aus eigener Kraft und aus eigener Initiative bemühen, so ist doch die Rolle des Staates dabei nicht vergessen worden. Auf dem Symposium wurde nicht nur von der wünschenswerten Verbesserung des Klimas zwischen Staat und Wirtschaft gesprochen – der Wunschzettel reichte von Klarheit über die künftige Energiepolitik bis zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren –, sondern es wurde seitens der Unternehmer auch die Bildung eines „Kuratoriums Küste“ aus Vertretern der Wirtschaft in Aussicht gestellt, das den Politikern als Gesprächspartner für die Behandlung länderübergreifender Probleme dienen könnte.

Dem Kuratorium kommt die wichtige Aufgabe zu – und das ist schon ein weites Feld –, die Schaffung von Voraussetzungen für den Strukturwandel und für das künftige Wirtschaftswachstum beim Staat anzumahnen – und das unter Beachtung der Interessen aller vier Küstenländer. Die Wunschliste reicht hier über den gesamten Bereich der Infrastruktur von einer Verbesserung der Verkehrsverbindungen bis zum Ausbau der allgemeinen Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Die norddeutschen Länder ihrerseits werden erfreut sein, wenn ein Gremium der Wirtschaft ihre Forderungen gegenüber Bonn und Brüssel unterstützt. Die anstehende Neuformulierung der Regionalpolitik und die Bildung des EG-Binnenmarktes könnten aus Sicht der norddeutschen Länder und Unternehmungen solche Aktivitäten erfordern. In diesem Zusammenhang muß allerdings auf die negativen Folgen daraus möglicherweise resultierender, besonders sektoral diskriminierender wirtschaftspolitischer Entscheidungen immer wieder hingewiesen werden. Vielleicht könnte aber der dann zu erwartende Konflikt zwischen norddeutschen und süddeutschen Unternehmern ein erwünschtes Korrektiv bilden.

Ebensowenig wie der Staat dürfte jedoch ein solches Kuratorium eine verbindliche Aussage über die künftige optimale Struktur der Wirtschaft in Norddeutschland machen können. Das kann auch nicht seine Aufgabe sein. Und schon gar nicht sollte das Kuratorium versuchen, den Staat für die Durchsetzung einer solchen vermeintlichen Optimalstruktur zu gewinnen. Eine solche Strategie könnte dann sehr leicht in die Erstellung einer Wunschliste einmünden, die Subventionen für einzelne Produktionen fordert. Gerade dieser Weg sollte nicht wieder beschritten werden. Zum einen könnte dieses als Mangel an Risikofreudigkeit ausgelegt werden, und zum anderen gehen anfänglich als Entwicklungs- und Forschungssubventionen deklarierte Forderungen häufig recht schnell in Hilfen für die Erhaltung der gerade geschaffenen Arbeitsplätze über.

Ebenso wichtig wie die Frage nach dem Themenkatalog eines Dialogs zwischen Wirtschaft und Staat erscheint die Wahl der Gesprächspartner. Der Wunsch der Wirtschaft geht wohl dahin, daß die vier Küstenländer ein dem geplanten Kuratorium vergleichbares Gremium einrichten. Hamburg und Schleswig-Holstein haben nun kürzlich von der Bildung von Exekutiv- und Legislativ-Institutionen gesprochen, die überregionale Probleme zu bearbeiten und zu lösen hätten. Angesichts der bisher nicht gerade erfolgreichen Ansätze zur Bildung norddeutscher staatlicher Gremien darf man gespannt sein, welche Aufgaben die beiden Länder tatsächlich einer gemeinsamen Institution übertragen werden und welche Folgen das z. B. auf den bisherigen Subventionswettbewerb haben wird. Im übrigen müßten Niedersachsen und Bremen nicht nur als Gesprächspartner für die Wirtschaft einbezogen werden; dies wäre auch ein wichtiger Schritt zu einer notwendigen stärkeren Koordination staatlichen Handelns in Norddeutschland.